

# Marie-Luise Dött

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Umweltpolitische Sprecherin der  
CDU/CSU-Bundestagsfraktion



*Berlin aktuell*  
*Die Woche im Bundestag*

14.02.2020

## **Zusammenhalten und klare Grenzen setzen**

Nachdem Annegret Kramp-Karrenbauer sich dazu entschlossen hat, nicht als Kanzlerkandidatin zur Verfügung zu stehen und beim nächsten Parteitag auch nicht mehr als Parteivorsitzende der CDU zu kandidieren, ist jetzt innerparteilicher Zusammenhalt gefragt. In der Unionsfamilie haben wir großen Respekt vor dieser Entscheidung, müssen aber nach den Auswirkungen der Ministerpräsidentenwahl in Thüringen einiges diskutieren, wobei wir uns aber nicht auf Personaldiskussionen konzentrieren wollen. Denn: „Wir haben eine starke Bundestagsfraktion. Wir haben eine starke Bundesregierung“, wie Ralph Brinkhaus, der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, feststellt. Die CDU/CSU ist als Volkspartei in der Mitte der Gesellschaft fest verankert und wird es auch bleiben. Wir als Fraktion sind jetzt der Stabilitätsanker der Union, hier arbeiten CDU und CSU im Interesse der Bürger unseres Landes gut zusammen. Wir haben derzeit viele Projekte vor uns:

- Stärkung unseres Wirtschaftsstandortes,
- bessere Bedingungen für die Landwirte,
- Kohleausstieg,
- Strukturwandel in den betroffenen Regionen,
- Stärkung der Bundeswehr und der inneren Sicherheit,
- Nachmittagsbetreuung an Grundschulen.

Die Bürger in Deutschland erwarten von der Union Antworten für die Zukunft unseres Landes.

Bei der Thüringen-Debatte ist für uns klar: Bei der Abgrenzung nach rechts- und linksaußen darf es keine Grauzonen geben. Aus gutem Grund hat die CDU auf dem Parteitag im Dezember 2018 den Beschluss gefasst: „Die CDU Deutschlands lehnt Koalitionen und ähnliche Formen der Zusammenarbeit sowohl mit der Linkspartei als auch mit der Alternative für Deutschland ab.“ Ebenso haben wir als CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag bereits Anfang 2018 einen Beschluss gefasst, nach dem wir mit keiner dieser beiden Kräfte zusammenarbeiten.

Dabei geht es nicht darum, dass wir AfD und Linkspartei gleichsetzen; es sind durchaus unterschiedliche Gründe, aus denen sich eine Zusammenarbeit für uns verbietet: Die AfD ist eine völkische, nationalistische Partei, die die Ängste bei Menschen schürt, mit den Ängsten der Menschen spielt und bewusst Tabus immer wieder überschreitet.

Die Linke will ebenfalls eine andere Gesellschaft, und zwar eine sozialistische. Marx und Kommunismus spielen immer noch eine zentrale Rolle in vielen Gruppierungen und Strömungen. Brutale und unmenschliche Regime wie in Kuba und Venezuela werden hofiert, die völkerrechtswidrige Politik Russlands energisch verteidigt. Wenn wir als Union also zu beiden Parteien die maximale Distanz halten, ist das mehr als gerechtfertigt. Lassen wir uns von SPD, Grünen und deren wohlgesonnenen Medien nicht einreden, die CDU müsse jetzt auf die Linkspartei zugehen! In nahezu jedem Punkt liegen zwischen uns Welten!

Uns als Volkspartei und unsere demokratische Grundordnung wollen wir bewahren sowie vor Aushöhlung schützen. Gleichzeitig muss uns allen immer präsent sein, dass demokratisch gewählte Personen nicht gleichsam auch Demokraten sind; und so verhält es sich auch mit demokratischen Prozessen: Nur weil ein demokratischer Wahlvorgang stattgefunden hat, heißt das noch lange nicht, dass dieser Vorgang auch im demokratischen Geist abgelaufen ist. Hier gilt es aufmerksam zu bleiben und den christdemokratischen Kompass nicht aus dem Auge zu verlieren. In diesem Sinne sind wir alle in der CDU/CSU aufgerufen zusammen zu halten und wie es Kanzlerin Angela Merkel sagt, Konzepte für die Zukunft zu machen, die ein demokratisch regiertes Deutschland nach vorn bringt. Sicherlich ist das keine leichte Aufgabe, den sozialen Flügel der CDU, diejenigen, die sich als wertkonservativ betrachteten, den Wirtschaftsflügel und diejenigen, die ökologischer ausgerichtet sind, zusammenzuhalten. Aber wenn wir eine Volkspartei bleiben wollen, geht das nur, wenn wir zusammenhalten!

## Sicheres 5 G für die Zukunft

Die Zukunft heißt 5G. Dieser revolutionäre, superschnelle Mobilfunkstandard wird mit seiner hohen Datenübertragungsrate schon bald dafür sorgen, dass Autos ohne Fahrer fahren, dass Felder automatisch bestellt oder Ärzte per „Augmented Reality“ passgenaue Diagnosen stellen können. Doch neben all diesen großartigen Anwendungen darf der Sicherheitsaspekt nicht vernachlässigt werden: 5G-Netze sind Teil der kritischen Infrastruktur Deutschlands. Um unsere Wirtschaft und Gesellschaft vor Diebstahl, Sabotage, Manipulation und Einflussnahme im Netz zu schützen, müssen die kommenden 5G-Netze höchsten Sicherheitsanforderungen genügen und höchste Ansprüche an Vertraulichkeit, Verfügbarkeit und Integrität erfüllen. Dazu wird ein Sicherheitskatalog erstellt, der von den zuständigen Bundesbehörden angewendet und kontrolliert werden soll. Die CDU/CSU-Fraktion hat dazu ein [Positionspapier](#) beschlossen.

### Künftig mehr Sicherheit für Fahrradfahrer

Um das Radfahren in Städten sicherer und attraktiver zu machen, sollen mehrere neue Verkehrsregeln kommen. Der Bundesrat stimmte am Freitag einer von Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) vorgelegten Reform der Straßenverkehrsordnung (StVO) zu -allerdings mit etlichen Änderungen. Vorgesehen sind unter anderem konkrete Mindestabstände beim Überholen von Radlern. Autofahrern sollen außerdem höhere Bußgelder drohen, wenn sie in zweiter Reihe oder auf Geh- und Radwegen parken. (dpa)

### Aufstiegs-Bafög wird gefördert

Nebenberufliche Weiterbildungen und Weiterbildungen in Vollzeit werden ab dem Sommer vom Staat finanziell stärker gefördert. Der Bundestag hat am Freitag eine Reform des sogenannten Aufstiegs-Bafögs - das frühere Meister-Bafög - beschlossen. Wer sich zum Meister oder Fachwirt weiterbildet oder in sozialen Berufen beispielsweise eine Fortbildung zur Erzieherin oder zum Erzieher macht, soll künftig höhere Zuschüsse für die Lehrgangs- und Prüfungsgebühren erhalten. Deutlich mehr finanzielle Unterstützung bei den Lebenshaltungskosten soll es außerdem für Menschen geben, die eine Weiterbildung in Vollzeit machen und während dieser Zeit kein Geld verdienen - die Förderung ist abhängig von den persönlichen Einkommens- und Vermögensverhältnissen. Die Reform sieht zudem vor, dass das Aufstiegs-Bafög künftig für bis zu drei Fortbildungsmaßnahmen in Anspruch genommen werden kann. Bisher war das beschränkt auf eine Fortbildung. Der Weiterbildungsweg kann demnach künftig beispielsweise so aussehen: Vom Gesellen zum Servicetechniker, vom Servicetechniker zum Meister und vom Meister zum Betriebswirt im Handwerk. Das

entspreche dem Master im akademischen Bereich. So werde die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung umgesetzt, erklärten die Bildungs- und Forschungspolitiker der Unionsfraktion, Albert Rupprecht (CSU) und Stephan Albani (CDU) am Freitag. Laut Gesetzentwurf wird mit jährlichen Mehrkosten von rund 310 Millionen Euro gerechnet. Nach Angaben des Bundesbildungsministeriums wurden 2018 rund 167 000 Menschen mit Aufstiegs-Bafög gefördert. Die Reform muss noch durch den Bundesrat. Am 1. August sollen die Neuregelungen in Kraft treten (dpa)

### Stiftung des Ehrenamts passiert Bundesrat

Die geplante Ehrenamtsstiftung des Bundes wird ihren Sitz in Neustrelitz (Kreis Mecklenburgische Seenplatte) haben. Das Gesetz zur Errichtung der Stiftung passierte am Freitag den Bundesrat. Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) und Innenminister Lorenz Caffier (CDU) begrüßten die Entscheidung. Das ehrenamtliche Engagement von Millionen Menschen trage die Gesellschaft, sagte Lorenz Caffier (CDU). Die Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt soll Anlaufstelle für Engagierte sein, Informationen weitergeben, Ehrenamtler vernetzen und damit deren Arbeit unterstützen. Nach Angaben des Bundesfamilienministeriums stehen der Stiftung für das Jahr 2020 23 Millionen Euro zur Verfügung. Ab 2021 sollen ihr jährlich 30 Millionen Euro durch den Bund zugewiesen werden. (epd)

### Wettbewerbsaufruf

Das Verbindungsbüro des Europäischen Parlaments in Deutschland ruft auch 2020 wieder zum [Euroscola-Wettbewerb](#) auf. Das Thema lautet: „Vereinigtes Deutschland - vereinigtes Europa?“. Die Gewinner des Wettbewerbs nehmen als deutsche Vertreter am Programm Euroscola im Europäischen Parlament in Straßburg teil. Euroscola findet in englischer und französischer Sprache dort statt, wo sonst europäische Politik gemacht wird: im Plenarsaal und in den Ausschussräumen des Europäischen Parlaments. Der Beitrag kann als Kurzgeschichte, Comic, Gedicht, Rede, Theaterstück, Krimi, Präsentation, Kurzfilm, Ausstellung, Poetry-Slam, Fotoreportage, online-Blog oder Nachrichtenbeitrag eingereicht werden. Die Bewerbungsfrist läuft bis zum 3. April 2020.

### Zitat

„Nach Thüringen ist mehr denn je Aufgabe der Liberalen und Konservativen, ihre Stimme wiederzufinden und die Demokratie, die sie verkörpern und schützen müssen - vor allem vor Rechts - laut, klar, und aufrichtig zu stärken. Durch rhetorisches Rückgrat“ ([Ruprecht Polenz](#), ehemaliger CDU-Generalsekretär am 13.2.2020 auf Twitter.)